

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Posen
 außer in der Expedition
 bei Krupski (C. H. Alrici & Co.)
 Breitenstraße 14;
 in Gnesen
 bei Herrn Th. Spindler,
 Markt u. Friedhofstr. Ecke 4,
 in Grätz bei Herrn F. Strifand;
 in Frankfurt a. M.:
 C. F. Panke & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Berlin, Hamburg,
 Wien, München, St. Gallen:
 Rudolph Hoffe;
 in Berlin, Breslau,
 Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
 Wien u. Basel:
 Haasenstein & Vogler;
 in Berlin:
 A. Reimer, Schloßplatz;
 in Breslau: Emil Gabel.

Nr. 609.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Sonnabend, 30. Dezember

1871.

Telegraphische Nachrichten.

München, 29. Dez. In der Abgeordnetenkammer wurde der Gesetzentwurf betreffend die Ermächtigung der Regierung zur provisorischen Forterhebung der Steuern mit 122 Stimmen angenommen, und sodann der Gesetzentwurf betreffend Abänderungen einiger Bestimmungen des Heimaths- und Verheirathungsrechtes gemäß den Ausschlußanträgen mit 124 Stimmen genehmigt.

Wien, 29. Dezbr. Das Herrenhaus genehmigte in seiner heutigen Sitzung die von der Regierung geforderte Bewilligung zur Forterhebung der Steuern für die nächsten drei Monate. In der Debatte hatte Prof. Neumann die Annahme des Gesetzentwurfs als einen Vertrauensbeweis für die Regierung befürwortet. Fürst Czartoryski erklärte, daß er nur aus Gründen der Nothwendigkeit, um in dem Staatshaushalte keine Störung eintreten zu lassen, für die Bewilligung stimmen werde. Der Antrag auf Beantwortung der Thronrede mittelst einer Adresse wurde einstimmig angenommen. — Im Abgeordnetenhaus bringen Dr. Jyblskiewicz und Genossen die bekannte galizische Landtagsresolution ein und beantragen die Ueberweisung derselben an einen Ausschuß von 24 Mitgliedern zur Vorberatung.

Wien, 29. Dez. Die Verhandlungen über das ungarische Eisenbahngesetz beginnen Sonnabend. — An der Gründung der deutsch-ungarischen Bank sind der Berliner und Frankfurter Bankverein sowie die Bankhäuser Schickler und Magnus in Berlin theilhaftig. — Die Börse steht unter dem Einfluß eines außerordentlichen Geldmangels. Nach genauer Berechnung der heutigen „Neuen fr. Presse“ reduziert sich das veranschlagte Defizit auf 16 Millionen.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Best, 28. Dez. Das Duell des pester Oberstadthauptmanns Alexius Thais mit dem Reichstagsabgeordneten Ernst Simonni erregt großes Aufsehen. Letzterer erhielt eine nicht unbedeutende Stichwunde über die Brust. Ursache des Duells war eine im Reichstag gehaltene Rede Simonni's über das Amtsgefahren des Thais.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Best, 29. Dez. Wie die „Reform“ mittheilt, ist der Erfolg der gegenwärtig mit den Kroaten geführten Ausgleichsverhandlungen gesichert. Das Ausgleichsprojekt soll verschiedene, jedoch nicht wesentliche Modifikationen erfahren. — Die meisten hiesigen Blätter, namentlich „Besti Naplo“ besprechen die Thronrede sehr günstig.

Prag, 28. Dezember. Das Organ des Kardinal Schwarzenberg „Gzech“, greift direkt den Kardinal Rauscher an, weil derselbe im Bunde mit dem Grafen Andrássy dem Föderalismus entgegenarbeitete. — Die Thronrede des Kaisers rief im Lager der Cechen große Verwirrung hervor.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 29. Dez. Nach einer Mittheilung des „Soir“ hat Mac Mahon die ihm von der Union de la presse parisienne angetragene Kandidatur für die Nationalversammlung abgelehnt. — Gambetta's Journal „la république française“ fordert energisch zur Wahl Victor Hugo auf. Gambetta selbst bleibt vorläufig in Marseille, um den Vornahme-Debatten in Paris auszuweichen. — In den Finanzkreisen macht die gestrige unerquickliche Debatte über die Bankfrage zwischen Thiers und dem Finanzminister einerseits und den Kommissionsmitgliedern andererseits einen schlimmen Eindruck, da durch die stete Hinausschiebung der Banknotenvermehrung eine steigende Theuerung der Reports unvermeidlich ist. Devisen à comptant sind in Folge der Geldnoth schwer verkäuflich, dagegen auf Lieferung sehr gesucht. Das Goldgeschäft ist total null. Der Einzahlungstermin auf die Pariser Stadtanleihe drückt sehr empfindlich.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 29. Dez. Das „Journal officiel“ bezeichnet die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die preussischen Behörden die Wegführung von 4 Geiseln in den okkupirten Departements angedroht hätten, als vollständig unbegründet. Ebenso sei es unwahr, daß anlässlich des in den Ardennendepartement zwischen hiesigen Soldaten und der Einwohnerchaft entstandenen Streites ein Notabel verhaftet worden sei. — Die Kommission für Reorganisation der Armee hat gestern die fünfjährige Militärdienstzeit angenommen. — Dem Vernehmen der „Patrie“ zufolge beabsichtigen mehrere der Rechten und dem rechten Centrum angehörige Mitglieder in der Nationalversammlung den Antrag einzubringen, daß die Regierung sich verpflichten möge, bis zur vollständigen Räumung des okkupirten Gebietes sich streng in den Grenzen des Abkommens von Bordeaux zu halten. Die jetzigen Deputirten sollen demgemäß ihr Mandat bis zum Jahre 1874 behalten und dann erst eine Konstituante gewählt werden. — Der Gesandte in Berlin, Marquis Gontaut-Biron, wird wie verlautet, nächsten Dienstag auf seinen Posten abreisen.

Charleville, 29. Dez. In Folge des in der Nacht vom Sonntag auf Montag in der Parade eines französischen Marktelenders an zwei hiesigen Soldaten, einem Korporal und einem Hornisten verübten Mordanschlags, bei welchem ersterer tödtlich, letzterer schwer verwundet wurde, ist eine strenge Untersuchung eingeleitet. Der Zapfenstreich findet um 7 Uhr anstatt um 9 Uhr statt. Diese Bestimmung ist jedoch nur für die Soldaten getroffen. In dem bisherigen Verhältnisse zu den französischen Behörden und Einwohnern ist keine Veränderung eingetreten. — Die von Pariser Journalen verbreitete Nachricht, daß französische Notable als Geiseln weggeführt seien, ist durchaus erfunden.

London, 29. Dez. Nach dem heute Mittag ausgegebenen Bulletin hat der Prinz von Wales eine gute Nacht gehabt. Die Kräfte nehmen sichtlich zu und die schmerzhaft Affektion oberhalb der linken Hüfte ist weniger fühlbar.

Bern, 29. Dez. Frhr. A. v. Dr., welcher in Folge der durch Entscheidung des deutschen Reichs eingetretenen Veränderungen seines seit-

herigen Postens als k. württembergischer Gesandter entbunden worden ist, hat, durch Familienverhältnisse in Nürnberg zurückgehalten, sein Abberufungsschreiben dem Bundesrathe schriftlich zugestellt.

Triest, 28. Dez. Der Lloyd-Dampfer „Espero“ ist mit der ostindischen Ueberlandpost aus Alexandrien heute Abend 7½ Uhr hier eingetroffen.

Athen, 27. Dez. In Folge einer Abstimmung in der gestrigen Kammer Sitzung, bei welcher das Ministerium in der Minorität blieb, ist eine Kabinettskrise eingetreten.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. Dezember.

— Ueber die Braunsberger Angelegenheit brachte die „Nat.-Ztg.“ dieser Tage einen Leitartikel, der dieselben Gedanken ausführte, wie ein Artikel der nationalliberalen Korrespondenz, den wir unseren Lesern mitgetheilt haben. Inbessenen ist der Schluss, welcher von der Aufnahme handelt, die der Antrag Reichensperger's im Abgeordnetenhaus finden dürfte, besonders eingehend und theilen wir ihn deshalb hier mit:

So lange im Allgemeinen die Zwangstheilnahme am Religionsunterricht anerkannt wird, kann das Abgeordnetenhaus nicht eine Anordnung tadeln, welche die Ultramontanen mit gleichem Maße bedenklich, wie die Vertreter anderer religiöser Richtungen. Die ultramontane Partei hat ihren Antrag dadurch entstellt, daß sie in den Text derselben die Exkommunikation des Dr. Wollmann als rechtfertigende Ursachen aufgenommen hat. Die beigefügten Gründe betonen mit Nachdruck die Beschwerde darüber, daß der Staat die Exkommunikation der kirchlichen Organe und die nach katholischen Begriffen gerechtfertigten Folgen der Exkommunikation nicht anerkenne. Dies ist ein Verstoß, das Abgeordnetenhaus in einen Streit über Rechtsgläubigkeit hineinzuziehen. Der Bischof beschuldigt den Dr. Wollmann, daß er kein rechtsgläubiger Katholik sei, weil er das Dogma der Unfehlbarkeit zurückweist; Dr. Wollmann beschuldigt den Bischof, daß er die katholische Lehre verlassen habe, seit er das Dogma der Unfehlbarkeit anerkennt. Das Abgeordnetenhaus kann diesen Streit nicht prüfen und nicht schlichten; ebensowenig kann es die Wirkung der Exkommunikation untersuchen, deren die eine Partei als Waffe gegen die andere sich bedient. Die Volksvertretung hat es nur mit dem Landesrecht zu thun; strenge Gleichheit des Rechtes ist der Boden, auf welchem die Gegensätze sich ausgleichen lassen. Die Unabhängigkeit der katholischen Kirche verbietet, gegen einen Beamten eine Disziplinaruntersuchung einzuleiten wegen des Vorwurfs, daß er nicht rechtsgläubig sei; ohne Disziplinaruntersuchung darf kein Beamter entfernt, auch nicht in den Befugnissen und Pflichten des Amtes eingeschränkt werden. Die Unabhängigkeit der katholischen Kirche verbietet das Einschreiten des Staates gegen den Dr. Wollmann wegen einer angeblichen Irrlehre, ebenso wie der Staat sich enthalten muß, infallibilistische Religionslehren wegen mangelnder Rechtsgläubigkeit aus dem Amte zu entfernen. Daraus folgt, daß die Regierung gerechtfertigt ist, wenn sie den Braunsberger Fall nach den allgemeinen Grundsätzen und nicht wie eine Ausnahme behandelt; daraus folgt aber auch, daß die Abhilfe nur auf allgemeiner Grundlage gewährt werden kann. Es liegt ein heilsames Beispiel vor, wie schädlich auch für die anspruchsvolle Rechtsgläubigkeit der Zwangsunterricht in der Religion ausfällt. An diesem Beispiel belehrt, werden die Ultramontanen fortan über den Nutzen konfessioneller Lehranstalten anders denken, als bisher; sie werden sich nicht der Einficht verschließen können, daß auch vom orthodoxen Standpunkte aus die Gabe von äußerst zweifelhaften Werthe ist. Es hat wirklich nicht der Mühe gekostet, dieser zweifelhaften Gabe zu Liebe den religiösen Frieden in Preußen zu stören. Nur auf der Grundlage voller Rechtsgleichheit kann der Friede wieder hergestellt werden.

Auffallend ist es, daß obwohl der Artikel auch einen kleinen Hieb gegen die „dialektische Abwehr“ des Kultusministers enthält, dem die Ultramontanen nicht mit Unrecht vorgeworfen haben, daß seine Entscheidung einen Zwang auf die Kinder der Unfehlbaren ausübe, nicht nur die „Nordd. Allg. Z.“ sondern auch der „Staatsanzeiger“ den ganzen Artikel als „bemerkenswerth“ wiedergaben. Die „Kreuzzeitung“ findet sich deshalb zu folgender Bemerkung veranlaßt:

„Die Aufnahme dieses Artikels der „Nat.-Ztg.“ in den „Staats-Anzeiger“ berechtigt uns wohl zu der Meinung, daß die preussische Regierung auf dieselbe oder ähnliche Weise in der beregten Frage — bezug auf den Reichensperger'schen Antrag wegen Braunsberg — vorzugehen gewillt ist. Die Liberalen stellen den Katholiken in der Kammer ihre Unterstützung in Aussicht, wenn diese weiter gehen als sie dort beantragt haben, d. h. wenn sie mit ihnen — gegen die bisherigen Entscheidungen des Kultusministeriums — den christlichen Religionsunterricht überhaupt als obligatorischen Unterrichtsgegenstand der höheren Schulanstalten entfernen wollten. Unserer Ueberzeugung nach würde solch ein Vorgehen dazu führen, daß schließlich aus allen Schulen, nicht bloß den höheren, der Unterricht in der christlichen Religion ausgeschlossen und damit allerdings zuletzt Alles aufgegeben würde, was Preußen groß gemacht hat. Wir würden es sehr bedauern, wenn die Regierung einen einzelnen Fall in der Weise wollte benutzen lassen, daß er in traurigster Weise generalisirt würde, statt daß man ihn, wie so oft geschieht, als besonderen Fall behandelte und für sich allein entschied.“

— Die „Deutsche Allg. Ztg.“ ist von London her in den Stand gesetzt, die Beschlüsse der Delegatenkonferenz der internationalen Arbeiter-Assoziation in Bezug auf die politische Aufgabe der genannten Gesellschaft, wie solche in einer Konferenz vom 20. Oktober d. J. nachträglich genauer präzisirt sind, mitzutheilen. Dieselbe lautet:

1) Die Eroberung der politischen Macht auf dem ganzen Erdenkreis ist zur größten Pflicht der Arbeiterklassen geworden. 2) Die soziale Emanzipation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emanzipation. 3) Die Internationale setzt sich für besondere Aufgaben, nicht nur Mittelpunkt für die freitbare Organisation der Arbeiterklassen zu bilden, sondern in allen Ländern ebenfalls mit allen Kräften die politische Bewegung der Arbeiter zu unterstützen, die zur Erreichung des vorgestellten Endziels dient. 4) Der ziellosen Reaktion, welche jedes Emanzipationsstreben der Arbeiter schamlos niederwirft, ist entgegenzuhandeln und auf den besten Bestand der Internationale zu rechnen. 5) Die Arbeiterklasse hat sich gegen die Gesamtherrschaft der besitzenden Klassen als eine besondere politische Partei zu konstituieren als Vorbereitung für eine soziale Revolution.

Dieses Altentstück ist unterzeichnet: London, 20. Oktober 1871. Die korrespondirenden Sekretäre im Auftrag und Namen des Generalraths, Alfred Hermann, für Belgien, Th. Motterhead, für Dänemark, Karl

Inserate 14 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Marr, für Deutschland und Rußland; A. Gerallier, für Frankreich; Ch. Kochat, für Holland; A. B. Donell, für Irland; Friedrich Engels, für Italien und Spanien; Leo Franel, für Österreich und Ungarn; Probst, für Polen; Hermann Jung, für die Schweiz; Eccarius, für die Vereinigten Staaten; Moulin, für die französischen Sektionen der Vereinigten Staaten. Fr. Engels, Vorsitzender, J. Jung, Schatzmeister, Joseph Gales, Generalsekretär, 256 High Holborn W. C. London.

— Die „N. Pr. Ztg.“ theilt ein Schreiben mit, welches der Kaiser zu Weihnachten an den jetzt als Bezirks-Kommandeur in Halberstadt fungirenden Hauptmann v. Bedtowitz (vom 72. Inf.-Regt.) gerichtet hat, der dem Könige, als er während des letzten Krieges an dem Hause vorüberfuhr, in welchem der schwer verwundete Offizier lag, eine Rose sandte. Das Schreiben, welchem ein Selbstbild mit der Inschrift: „Gorce, den 19. August 1870“ beigefügt war, lautet:

„In dankbarer Erinnerung an den mir unvergesslichen Augenblick, wo Sie, schwer verwundet in Gorce am 19. August 1870 mir eine Rose nachreichten, als ich Sie nicht kennend, an Ihrem Schmerzenslager vorübergefahren war, sende ich das beikomende Bild, damit noch in späteren Zeiten man wisse, wie Sie in solchem Momente Ihres Königs gedachten und wie dankbar er Ihnen bleibt!“
 Weihnachten 1871.
 Wilhelm, Rex.

22. 112. 71.

— Der kürzlich verstorbene frühere Landtags- und Reichstags-Abgeordnete Karl v. Sauten-Georgensfelde war der älteste Sohn des vom vereinigten Landtage und vom frankfurter Parlament her bekannten Abgeordneten v. Sauten-Tarpufsch und wurde zum ersten Mal 1861 von seinem heimischen Kreise Rastenburg-Gerdauen zum Abgeordneten gewählt. Von da bis 1870 gehörte er der Fortschrittspartei an, zuletzt als Reichstags- und Landtags-Abgeordneter für Bromberg. Sein jüngerer Bruder Karl v. Sauten-Tarpufsch ebenfalls von der Fortschrittspartei, ist bei den letzten Wahlen zur Reichstags im zweiten ostpreussischen Wahlkreise unterlegen und gehöft jetzt keiner parlamentarischen Körperschaft an. Im Abgeordnetenhaus befinden sich zur Zeit drei v. Sauten, der alte jetzt nationalliberale Sauten-Zinselsfelde, der Onkel der beiden genannten Brüder, und sodann sein Sohn v. Sauten-Oßlaphen, der 1853 bis 1861 im Abgeordnetenhaus der Fraktion Vinde angehört hat und seit 1868 als fortschrittlicher Abgeordneter Insterburg-Gumbinnen vertritt. Der dritte v. Sauten ist ein Feudalar, der mit dem liberalen Zweige der Familie gar nicht verwandt ist.

Strasburg, 24. Dez. Nachdem die Eröffnung der Straßburger Universität zu nächsten Oftern definitiv entschieden ist, hat der Oberpräsident v. Möller eine Kommission berufen, um diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche für die provisorische Einrichtung der neuen Hochschule nothwendig erscheinen. Diese Kommission ist aus den Herren Lauth, Maire von Straßburg, Prof. Dr. Bruch, Prof. Dr. Bergmann, von Sybel, Referent beim Oberpräsidium, Klein, ehemaliger Maire, Althoff, Referent beim Oberpräsidium, Dr. Ebner, Referent bei der Präfektur, Baumeister Salomon und Kanzeidirektor Schmidt, zusammengelegt. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, die zu den Hörsälen geeigneten Räume zu designiren, zur Vereinstellung derselben mit den beteiligten Behörden und Privatleuten zu unterhandeln, und ihre bauliche Instandsetzung, wofür ein Kredit von 38,000 Thlr. ausgeschrieben ist, zu betreiben. Weiter soll die Kommission auch das Verhältniß der neuen Universität zu der Thomaskirche und dem protestantischen Seminar in einer angemessenen Weise regeln, und alle sonstigen Vorbereitungsmaßnahmen treffen. Die Kommission hat heute bereits ihre zweite Sitzung gehalten, so daß wir bald Näheres über ihre Arbeiten erfahren dürften. Auch soll Herr v. Roggenbach in der nächsten Zeit hier eintreffen, um seine Organisationspläne ins Werk zu setzen. — Die deutschen Ultramontanen haben bekanntlich einen großen Lärm darüber erhoben, daß man sie der Vaterlandslosigkeit beschuldige. Man braucht aber nur ihre deutschfeindlichen Wahlen in den neuen Reichsländern ins Auge zu fassen, um jenen Vorwurf als einen nur zu gut begründeten anzuerkennen. Bekanntlich war man bereits in die Nothwendigkeit versetzt, die „Germania“ im Elsaß zu verbieten. Jetzt haben die Ultramontanen in Breisach eine kleine Zeitung gegründet, „Neinliches Volksblatt“ genannt, welches dazu bestimmt ist, das Gift der „Germania“ den Ober-Elsässern in kleinen Portionen beizubringen. Alban Stölke hat demselben einen Wandersegen mitgegeben, in dem er unter Anderem sagt: „Einem wahren Katholiken ist selbst die Fremde lieber als das Vaterland, wenn er im letzten nicht ungeführt katholisch leben kann!“ und weiter: „Die Elsäßer sind ursprünglich Franzosen und unter Ludwig XIV. nur wieder an Frankreich zurückgegeben worden“, und schließlich: „Jetzt will man auch bei euch neubiederliche Schulen einrichten und die Schulbrüder und -Schwestern vertreiben, obgleich kein neubiederlicher Schulmeister einen opferwilligen Schulbruder und eine solche Schulwester ersen kann.“ — Die Kaiserin Augusta hat ein echt kaiserliches Weihnachtsge- schenk hierher übermachen lassen. Dem Gouvernement wurden für die St. Thomaskirche, welche den Protestanten als Garnisonskirche dient, zwei prachtvolle goldene Armleuchter nebst eben solchem Kreuzfix, im reinsten gotischen Stile gearbeitet, dazu eine reich mit Silber beschlagene Brachtblase auf silbernem Fußte zugestellt, welche kostbare Gaben vom morgigen Weihnachtsfeste an auf dem Altare der Kirche prangen werden. — Am 20. d. M. ging im Saale Roth die vom Gouverneur angeregte Weihnachtsbescherung für 150 arme Kinder hiesiger Garnison und Stadt vor sich, wozu aus allen Kreisen reiche Beiträge gesendet worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Die Indianerböschung** unter der Jurisdiktion der Ver. Staaten beläuft sich nach dem jüngsten Jahresbericht des Ministers des Innern auf 321,000 Köpfe. Darin ist die eingeborene Bevölkerung von Alaska, welche sich auf 75,000 Seelen beläuft, eingeschlossen. 3663 Indianer sind in den Staaten Florida, Nord-Carolina, Indiana, Iowa und Texas zerstreut, welche nicht in Verbindung mit ihren Stämmen stehen.

Ver mis ch tes.

Breslau, 28. Dezbr. [Wiedergefunden.] Das 13jährige Taubstumme Mädchen Anna Gebusky aus Jauer ist glücklich ermittelt worden. Nach eigener Aussage war die Unglückliche in Station Schmolz vom Eisenbahnkassner ausgelegt worden und wanderte nach Klein-Linz, wo sie von einer mittelbigen Familie aufgenommen wurde und die Festtage über verblieb. Heute Nachmittag wurde das Mädchen in Folge des in der Zeitung ergangenen Aufrufs in die hiesige Taubstummenanstalt wohlbehalten eingebracht und von den hier noch verweilenden bestimmten Eltern aufs Freudigste empfangen.

*** Eine eigenthümliche Scene** spielte sich am Weihnachtstage an der Serpentine im Hydepark (London) ab. Der Verein der „all the year round“ Badenden, der etwa 30 Mitglieder zählt, veranstal-

